



Antrag

TOP:
Vorlagen-Nummer: **V/2013/12186**
Datum: 06.11.2013
Bezug-Nummer.
PSP-Element/ Sachkonto: 1.11101.06/58110220
Verfasser: Dietmar Wehrich
Dr. Bodo Meerheim
Tom Wolter
Johannes Krause

Plandatum:

Beratungsfolge	Termin	Status
Stadtrat	27.11.2013	öffentlich Entscheidung
Sozial-, Gesundheits- und Gleichstellungsausschuss	16.01.2013 13.02.2014	öffentlich Vorberatung
Stadtrat	29.01.2014 26.02.2014	öffentlich Entscheidung

Betreff: Antrag der Fraktionen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Die LINKE., MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM und SPD-Stadtratsfraktion zur Vermeidung von Geschlechterstereotypen in städtischen Veröffentlichungen

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverwaltung wird beauftragt, sich zukünftig bei städtischen Veröffentlichungen (z.B. Homepage, Amtsblatt, Flyer, Broschüren) an einer Sprache, Symbol- und Bildauswahl ohne Geschlechterstereotype zu orientieren.

gez.
Dietmar Wehrich
Fraktionsvorsitzender
BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN

gez.
Dr. Bodo Meerheim
Fraktionsvorsitzender
DIE LINKE.

gez.
Tom Wolter
Fraktionsvorsitzender
MitBÜRGER für
Halle – NEUES
FORUM

gez.
Johannes Krause
Fraktionsvorsitzender
SPD-
Stadtratsfraktion

Begründung:

Als Geschlechterstereotype gelten schematische, auf bestimmte Normvorstellungen fixierte Zuschreibungen von Tätigkeiten und Eigenschaften an Frauen und Männer, durch die Verhaltensmöglichkeiten je nach Geschlechtszugehörigkeit abgesteckt und Alternativen ausgeblendet werden. Ziel sollte es sein, solche als typisch geltenden Darstellungen zu vermeiden.

Durch die Darstellung von Geschlechterstereotypen in städtischen Veröffentlichungen werden bisher auch in Halle gängige Rollenklischees bedient und weiter verfestigt. Beispielsweise wird auf der städtischen Homepage ein Link „Tagesmütter in Halle“ dargestellt, der auf eine externe Seite „Tagesmütter und Tagesväter in Halle“ führt. Ein anderes Beispiel ist die aktuelle Ausschreibung für das Stipendium „Stadtschreiber der Stadt Halle“ 2014, für die natürlich auch Autorinnen ihre Bewerbungen einreichen können.

Vorgeschlagen wird daher mit einer Grundsatzbeschlussfassung eine künftige diskriminierungsfreie Mediengestaltung durch die Stadt stärker in den Blick zu nehmen. Andere Kommunen haben zur Thematik bereits entsprechende Handlungsempfehlungen entwickelt bzw. integrieren entsprechende Module in bestehende Fortbildungsangebote für städtische Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Als Beispiele seien hier Leitfäden für gendergerechte Sprache in Freiburg und Ulm benannt – vgl.

<http://www.freiburg.de/pb/site/Freiburg/get/432443/Sprachflyer%20Gender.pdf> bzw. <http://www.ulm.de/statistik/download.php?file=L3NpeGNtcy9tZWRpYS5waHAvMjkyRm5kZlIMjBHZW5kZlucGRm>. Auch die Stadt Halle sollte sich hier weiterentwickeln.

Die Vermeidung von Geschlechterstereotypen in Wort und Bild wurde von der Gleichstellungsbeauftragten der Stadt, Frau Wildner, im Rahmen einer Präsentation im Sozial-, Gesundheits- und Gleichstellungsausschuss am 27.06.2013 als kommunaler gleichstellungspolitischer Handlungsbereich benannt. Durch eine Beschlussfassung im Stadtrat sollte dies als dauerhafte Aufgabe festgelegt werden.



Stadt Halle (Saale)
Geschäftsbereich des Oberbürgermeisters

24. Februar 2014

Sitzung des Stadtrates am 26.02.2014

Betreff: Antrag der Fraktionen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, DIE LINKE., MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM und SPD-Stadtratsfraktion zur Vermeidung von Geschlechterstereotypen in städtischen Veröffentlichungen

Vorlagen-Nummer: V/2013/12186

TOP: 7.10

Stellungnahme der Verwaltung:

Die Verwaltung gibt keine Beschlussempfehlung ab.

Begründung:

Zur Vorbereitung des Beschlusses möchte die Verwaltung auf Folgendes hinweisen:

Der Oberbürgermeister muss die Orientierung in eine Verwaltungsvorschrift umsetzen und damit den inneren Dienstbetrieb und den Ablauf des Verwaltungsvollzuges regeln. Die innere Organisation der Gemeindeverwaltung obliegt aber ausschließlich dem Oberbürgermeister (§ 63 Abs. 1 S. 1 GO LSA). Die Zuständigkeit des Stadtrates ist nicht gegeben. Auch die Frage nach rationellem Arbeiten betrifft den ordnungsgemäßen Gang der Verwaltung.

Der Antrag mit der Formulierung „zu orientieren“ hat rechtlich keine Bindungswirkung auf die Verwaltung und ist unschädlich.

Dr. Bernd Wiegand
Oberbürgermeister



Stadt Halle (Saale)
Geschäftsbereich des Oberbürgermeisters

25. November 2013

Sitzung des Stadtrates am 27.11.2013

Betreff: Antrag der Fraktionen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Die LINKE., MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM und SPD-Stadtratsfraktion zur Vermeidung von Geschlechterstereotypen in städtischen Veröffentlichungen

Vorlagen-Nummer: V/2013/12186

TOP: Ö 8.4

Stellungnahme der Verwaltung:

Der Oberbürgermeister verweist den Antrag in den Sozial-, Gesundheits- und Gleichstellungsausschuss.

Dr. Bernd Wiegand
Oberbürgermeister